

Kurzbericht

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

(103. - öffentliche - Sitzung am 14. Januar 2021)

Beratungsthemen:

1. **Fortsetzung der Unterrichtung durch die Landesregierung über die aktuelle Lage bezüglich des Coronavirus**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch Ministerin Dr. Reimann entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Flächendeckende Informationskampagne zur Corona-Schutzimpfung erforderlich**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/8285](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag in unveränderter Fassung anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE, FDP

3. **Endlich die Hälfte der Macht den Frauen! - Enquetekommission für ein niedersächsisches Paritätsgesetz rasch einsetzen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/7354](#)

Der Ausschuss stellte die Beratung des Antrags zurück, um das Ergebnis von interfraktionellen Gesprächen abzuwarten.

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Auflösung der Pflegekammer Niedersachsen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/8244](#)

Der Ausschuss nahm die Einbringung des Gesetzentwurfs entgegen. Er kam überein, zu dem Gesetzentwurf eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Der Kreis der Anzuhörenden und der Zeitplan sollen interfraktionell abgestimmt werden.

5. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Pflegegesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/8197](#)

Der Ausschuss nahm die Einbringung des Gesetzentwurfs entgegen. Er kam überein, zu dem Gesetzentwurf in der Sitzung am 4. März 2021 eine mündliche Anhörung durchzuführen, bei der auch die Videokonferenztechnik zum Einsatz kommen soll. Der Kreis der Anzuhörenden für die mündliche Anhörung sowie der Kreis der Anzuhörenden, von denen gegebenenfalls eine schriftliche Stellungnahme erbeten wird, soll interfraktionell abgestimmt werden.

6. **Hochrisikogruppen wirksam vor dem Coronavirus schützen - wohnungslose Menschen in Niedersachsen besser unterstützen und das Prinzip Housing First landesweit umsetzen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/8198](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung des Antrags. Er bat die Landesregierung für eine der nächsten Sitzungen um einen aktuellen Sachstandsbericht auch zu den Erfahrungen mit Housing First.